

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ausschuss für Energie, Wirtschaft und Verkehr
Sitzungsnummer	EWuV/011/21-26
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 05.10.2022
Sitzungsbeginn	19:00 Uhr
Sitzungsende	20:26 Uhr
Ort	Stadthalle Friedberg (Saal 3/Clubraum 1+2), Am Seebach 2, 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Bernd Stiller

Mitglieder

Herr Bernd Baier
Herr Mark Bansemer
Frau Dr. Regina Bechstein-Walther in Vertretung für Herrn Achim Güssgen-Ackva
Herr Olaf Beisel
Herr Gunther Best
Herr Friedrich Wilhelm Durchdewald in Vertretung für Herrn Matthias Ertl
Herr Hendrik Hollender in Vertretung für Herrn Philipp Götz
Frau Beate Neuwirth

Schriftführerin

Frau Angela Kammer

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Markus Alexander Fenske
Herr Dr. Klaus-Dieter Rack
Herr Dr. Martin Saltzwedel
Herr Thomas Zebunke

Mitglieder des Magistrates

Herr Bürgermeister Dirk Antkowiak
Frau Erste Stadträtin Marion Götz
Herr Stadtrat Gerhard Bohl
Herr Stadtrat Johannes Contag
Herr Stadtrat Siegfried Köppl
Herr Stadtrat Norbert Simmer

Verwaltung

Herr Klaus Detlef Ihl Anwesend bis TOP 2
Herr Heinz-Günter Stumm Anwesend bis TOP 2

Abwesenheit:

Ausschussvorsitzender Stiller eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Mitteilungen der Dezernenten
1.1		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Straßenbaumaßnahmen
1.2		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Eilantrag 21-26/0521 Radwegeführung Goetheplatz
1.3		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Antrag 21-26/0482 Verkehrsgutachten Einbahnstraße Haingraben
1.4		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Radwege
1.5		Mitteilungen des Dezernenten; hier: Sachstand Antrag 21-26/0536 Haushaltsmittel für Trinkwasserbrunnen
1.6		Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Antrag 21-26/0532 Trocken und vor Wind geschützt/Bushaltstellenkonzept
2		Erlass einer zweistufigen kommunalen Gefahrenabwehrverordnung über die Einschränkung des Verbrauchs von Trinkwasser bei Notständen in der Wasserversorgung (21-26/0388, Beschluss vom 14.07.2022); hier: Zweistufigkeit
3	21-26/0537	Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2022; hier: Gemeinsam Energie und Haushaltsmittel sparen
4	21-26/0538	Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2022; hier: Kein kostenfreies Parken im Advent im Innenstadtbereich
5		Verschiedenes
5.1		Verschiedenes; hier: Parkgebühren/Straße "Am Holzpförtchen"

Öffentlicher Teil

TOP	DS-Nr.	Titel
-----	--------	-------

1. Mitteilungen der Dezernenten

1.1. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Straßenbaumaßnahmen

Bürgermeister Antkowiak teilt mit:

Die Erneuerung von zwei Wegen wurde jetzt durchgeführt. Der Radweg-Lückenschluss (Kosten von rund 170 000 Euro) und ein Feldweg in Ockstadt (Kosten von rund 45 000 Euro).

1.2. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Eilantrag 21-26/0521 Radwegeführung Goetheplatz

Erste Stadträtin Götz teilt mit:

Für die Radwegeführung am Goetheplatz wurde bereits eine Firma kontaktiert. Durch deren aktuelle Auftragslage steht eine Antwort bzgl. der Möglichkeit der Umprogrammierung der Ampelanlage an dieser komplexen Kreuzung noch aus.

In der Übergangszeit bis zur endgültigen Regelung via Ampelschaltung wird der Radverkehr über den Parkweg vom Goetheplatz zur Kreuzung Ockstädter Straße geführt.

1.3. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Antrag 21-26/0482 Verkehrsgutachten Einbahnstraße Haingraben

Vorsitzender Stiller fragt nach dem Sachstand zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.07.2022; hier: Verkehrsgutachten zur Einbahnstraßenführung Haingraben.

Bürgermeister Antkowiak nimmt Stellung und teilt mit, dass die Neuerstellung des Verkehrsgutachtens begonnen wurde und Ergebnisse noch nicht vorliegen.

Vorsitzender Stiller bittet darum, gemäß Antrag, frühzeitig eine Lösung zu finden, um die Situation zu verbessern, bis ein Gesamtverkehrskonzept erstellt ist und möglichst kurzfristig bis nächstes Jahr eine Möglichkeit zu schaffen.

1.4. Mitteilungen der Dezernenten; hier: Sachstand Radwege

Vorsitzender Stiller bittet um den Sachstand zum Radweg nach Bruchenbrücken.

Bürgermeister Antkowiak nimmt Stellung. Ein Gutachten zum Radweg nach Bruchenbrücken wurde angefordert und wird erstellt. Die Verwaltung ist mit Hessen Mobil in Kontakt.

Bürgermeister Antkowiak berichtet von der Radwege-Konferenz in Büdingen, an der er und der Tiefbauamtsleiter teilgenommen haben. Von 7 Radwegeplanungen hat Hessen Mobil 5 in Friedberg und den Stadtteilen geplant: Ossenheim-Florstadt, Fauerbach-Bruchenbrücken, Fauerbach-Dorheim, zur Ovag und nach Rosbach.

Vorsitzender Stiller bittet um eine Vorstellung des Radwegekonzepts mit Bauveränderungen zur Sicherung der Radwege und um eine Sachstandsmitteilung.

1.5.

**Mitteilungen des Dezernenten;
hier: Sachstand Antrag 21-26/0536 Haushaltsmittel für
Trinkwasserbrunnen**

Mitglied Bansemer fragt, warum der Antrag 21-26/0536 Haushaltsmittel für Trinkwasserbrunnen nicht auf der Tagesordnung stehe, nachdem die Stadtverordnetenversammlung den Antrag in den Ausschuss EWuV verwiesen hatten. Bürgermeister Antkowiak nimmt Stellung. Der Antrag soll auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung im November.

1.6.

**Mitteilungen der Dezernenten;
hier: Sachstand Antrag 21-26/0532 Trocken und vor Wind
geschützt/Bushaltestellenkonzept**

Vorsitzender Stiller bittet darum, das Bushaltekonzert noch zu verteilen.

2.

**Erllass einer zweistufigen kommunalen Gefahrenabwehrverordnung
über die Einschränkung des Verbrauchs von Trinkwasser bei
Notständen in der Wasserversorgung (21-26/0388, Beschluss vom
14.07.2022);
hier: Zweistufigkeit**

Bürgermeister Antkowiak berichtet, dass das angeforderte Rechtsgutachten noch in Arbeit ist. Zu prüfen sei unter anderem auch Paragraph 51 (Eingriffe in die Rechte der Bürger).

Herr Ihl, Betriebsleiter der Stadtwerke, stellt eine Ideenskizze zum künftigen Modell vor (Anlage 1):

Bei der Berechnung des jährlichen Trinkwasserverbrauchs wurden abnahmeschwache (Januar bis März/Okttober bis Dezember) und abnahmestärke Monate berücksichtigt. Aus dem Mittel der letzten fünf Jahre wurde ein Benchmarking für die abnahmestarken Monate (April-September) ermittelt. Bei der Tendenz einer Überschreitung in den abnahmestarken Monaten (ab April) um 5% bzw. 15% wird eine Vorstufe ausgerufen.

Stufe 1 (5%)

Bei einem Anstieg des monatlichen Wasserverbrauches/-Bezuges um 5% (entspricht ca. 7.500 m³) erfolgt eine Information an den Magistrat. Danach entscheiden Bürgermeister, Ordnungsamt und Stadtwerke gemeinsam über erste Maßnahmen (z.B. Aufforderung in den Medien an die Bürger Trinkwasser zu sparen, etc.)

Stufe 2 (15%)

Bei einem Anstieg des monatlichen Wasserverbrauches/-Bezuges erreicht 15% (entspricht ca. 22.000 m³) erfolgt eine unverzügliche Information an den Magistrat. Der Magistrat entscheidet über den Ausruf der Gefahrenabwehrverordnung.

Bürgermeister Antkowiak nimmt Stellung zum Ablauf und fasst zusammen: Die Stadtwerke melden die Vorstufe, der Magistrat muss entscheiden.

An der Beratung beteiligen sich mit Wortmeldungen die Mitglieder Neuwirth, Stiller, Best, Bansemer und Hollender. Stadtverordneter Dr. Saltzwedel erhält Rederecht.

Auf die Frage von Mitglied Neuwirth, was bei Trockenheit passiert, wenn zu wenig Wasser gesammelt wird, antwortet Betriebsleiter Ihl, dass das Wasser aus dem Vogelsberg geliefert wird. Auch in Ockstadt wird Wasser gefördert.

Bürgermeister Antkowiak nimmt Stellung zur Wasserampel der Ovag. Die Ovag informiert über den Grundwasserstand. Wenn die Ovag keine Lieferschwierigkeiten meldet, bleibt die Ampel auf gelb. Für das eigenständige städtische Konzept einer Zweistufigkeit sind andere Kriterien zu finden und ist ein Schwellenwert zu definieren zur Auslösung der Stufen.

Mitglied Beisel fragt, ob der Wert der Monatsdurchschnitt ist und ob man den Niederschlagswert in Millimeter annehmen sollte.

Vorsitzender Stiller schlägt vor, bereits vor Umspringen der Ampel auf Rot Handlungsmöglichkeiten für die Stadt Friedberg zum Wassersparen aufzuzeigen.

Mitglied Best fragt, ob der Durchschnittswert angepasst wird, wenn die Kaserne zum Baugebiet entwickelt wird.

Betriebsleiter Ihl nimmt zu Fragen Stellung.

Bürgermeister Antkowiak antwortet, dass eine Anpassung an die Pro-Kopf-Entwicklung erfolgen muss.

Betriebsleiter Ihl nimmt zu Fragen der Berechnung Stellung und teilt mit, dass der Wasserverbrauch im Juli 2022 um 6000 m³ geringer war als im Vorjahr.

Stadtverordneter Dr. Saltzwedel erhält Rederecht und reicht einen alternativen Vorschlag zur Berechnung der Schwellenwerte bei einer Ampellösung ein (Anlage 2).

Da die Grundwasserverfügbarkeit begrenzt ist und von der Ovag keine Werte außer der Wasserampel vorliegen, schlägt er vor, für die festzulegenden Schwellenwerte nicht nur die Referenzwerte der Vorjahre heranzuziehen. Da bei Rot weniger Grundwasser gebildet wird, schlägt er vor, bei der Stufe Gelb 15% und bei Grün 5% vom Durchschnittswert abzuziehen.

Die Referenzwerte sollten sich statt auf das Mittel der 5 Vorjahre an einem mitwachsenden Durchschnitt orientieren. Er empfiehlt, nicht nur in den Sommermonaten Meldung zu machen. Auch wenn es im Winterhalbjahr selten zu einer Überschreitung komme, sollte man auch hier, bei einer eventuellen Überschreitung aktiv werden.

Mitglied Beisel schlägt vor, den genannten Referenzwert von 150 000 m³ anzupassen an die wachsende Einwohnerzahl.

Mitglied Hollender fragt nach dem Bezugspunkt der genannten 30 %. Er weist auf das komplexe Thema hin und auf Regionen im Vogelsberg mit Wasserreichtum.

Stadtverordneter Dr. Saltzwedel schlägt vor, der Aufforderung der Ovag zum sparsamen Wasserverbrauch nicht nur zu folgen, sondern auch andere Kommunen aufzufordern, ähnlich zu handeln.

Betriebsleiter Ihl nimmt Stellung zum städtischen Wasserverbrauch. Die Stadt Friedberg sei gemeinsam mit Bad Nauheim und Butzbach in Bezug auf Trinkwassernetz und –Anlagen sowie Wasserverbrauch Musterbeispiele.

Stadtverordnetenvorsteher Hollender schlägt vor, die Quellgebiete in Inheiden zu besuchen und sich im Vergleich zum Jahr 2001, als Quellen z.T. überliefen, ein Bild von der aktuellen Lage zu machen und den Ausschussmitgliedern die Möglichkeiten zur Diskussion zu bieten. Die Ausschussmitglieder erhalten Terminvorschläge.

Abschließend lobt er die Stadtwerke, die kontinuierlich den Wasserverbrauch kontrollieren. Betriebsleiter Ihl nimmt Stellung und teilt mit, dass bei der Wasserverbrauchskontrolle eine Plausibilitätsüberprüfung stattfindet.

**3. 21-26/0537 Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2022;
hier: Gemeinsam Energie und Haushaltsmittel sparen**

Stadtverordneter Zebunke erhält Rederecht und stellt die dem Antrag zugrundeliegende Initiative des Wetteraukreises vor: Alle demokratischen Fraktionen im Kreistag wollen lt. Herrn Zebunke einen Energiegipfel. Die Ovag soll die Moderation übernehmen. Auch die Verwaltungsebene sollte mitwirken, um Fachkräfte einzubinden; diese Planung wird im Landkreis Gießen bereits umgesetzt. Gute funktionierende Beispiele seien Blockheizkraftwerke, z.B. für die Augustinerschule. Der Kreisausschuss habe eine Absichtserklärung verabschiedet. Dieser Antrag solle diese Bestrebungen unterstützen. Hiermit seien noch keine konkreten Maßnahmen verbunden. Abzuwarten seien z.B. die Entscheidung des Wetteraukreises für die Kaserne und ihre Nutzung und die weiteren Homeoffice-Regelungen.

An der Diskussion zu Energetischen Maßnahmen in Gebäuden und zum Anschluss an Fernwärmeleitungen beteiligen sich mit Wortmeldungen die Mitglieder Neuwirth, Hollender Stiller und Zebunke.

Stadtverordneter Zebunke schlägt vor, Maßnahmen zu prüfen für die Gebäude: Rathaus, Augustinerschule, Krankenhaus, Sparkasse, Bibliothekszentrum im Klosterbau, Stadthalle und Musterschule und Anfragen zur Voraussetzung in den Gebäuden an die Energieberatung des Wetteraukreises zu richten.

Bürgermeister Antkowiak nimmt zu Fragen der Energieeinsparung und zum Regenerativen Wärmenetz Stellung. Es bestehen bereits Initiativen für die Kaserne (AG Green Barracks) mit der Ovag, THM und den Stadtwerken. Hier sei der Wetteraukreis eingeladen, sich am Ziel Co2-neutraler Stadtteil zu beteiligen. Im Zuge von Baumaßnahmen des THW sei auch der Bund einzuladen.

Stadtverordneter Zebunke schlägt vor, statt über Einzelmaßnahmen zu diskutieren, eine Grundsatzentscheidung zu treffen und damit der politischen Haltung Ausdruck zu verleihen. Danach erst könnten strategische Maßnahmen (z.B. die Beschaffung von Fenstern) getroffen werden. Es sei das Ziel proaktiv aufeinander zuzugehen, dies habe ganz aktuell der Kreistag am Nachmittag auch beschlossen.

Nachdem keine Wortmeldungen mehr folgen, lässt Ausschussvorsitzender Stiller über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, überall dort, wo sich Kreiseinrichtungen (z. B. Schulen) in der Nähe von kommunalen Einrichtungen befinden, auf den Wetteraukreis mit dem Ziel zuzugehen, eine gemeinsame, zukunftsfähige, auf erneuerbaren Energien basierende Versorgung mit Wärmeenergie vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 4 Nein 0 Enthaltung 5

**4. 21-26/0538 Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2022;
hier: Kein kostenfreies Parken im Advent im Innenstadtbereich**

Mitglied Neuwirth stellt den Antrag vor und erläutert ihn.

Erste Stadträtin Götz nimmt Stellung und teilt mit, dass Punkt 2) des Antrags „kostenlose Busfahrten im gesamten Friedberger Stadtgebiet einschließlich aller Ortsteile an den Adventssamstagen erneut anzubieten“ bereits umgesetzt ist. Eine kostenlose Nutzung – sogar nicht nur des Stadtbusses, sondern aller Verkehrsmittel des RMV inkl. der S-Bahn im Tarifgebiet von Friedberg und sogar nicht

nur an den Samstagen, sondern an den gesamten vier Adventswochenenden bis zum Betriebsschluss montagsmorgens um 5 Uhr – ist von ihr bei der VGO wie in den Vorjahren bereits beauftragt.

Zum ergänzenden Vorschlag, die Kaiserstraße zu entlasten und einen Shuttle-Bus-Verkehr einzurichten (Burgfeld-Kaiserstraße-Bahnhof-Ockstädter Parkplatz und retour zur Kaiserstraße) nimmt Bürgermeister Antkowiak Stellung. Ein maximaler Kostenrahmen von 12.000 Euro, eventuell in Kooperation mit der Stadt Bad Nauheim und ein Nachlass der VGO sind zu prüfen. Vorsitzender Stiller hält fest, dass dies in Absprache mit „Friedberg hat’s“ erfolgen sollte.

Die Verwaltung sollte Alternativen vorstellen und in der nächsten HuF-Sitzung Zahlen vorlegen.

Erste Stadträtin Götz weist darauf hin, dass im Fall gewünschter gebührenfreien Parkmöglichkeiten in der Innenstadt an den vier Adventswochenende ein ausdrücklicher Beschluss der Stadtverordnetenversammlung erforderlich ist, dass es sich um eine Abweichung von der Satzung handelt.

Mitglied Beisel schlägt vor, Punkt 1) zu ändern, um Kunden nach Friedberg zu holen:

- 1) kostenfreies Parken im Advent im Innenstadtbereich **zu ermöglichen**.

An der Beratung zum Kostenfreien Busfahren als Marketinginstrument im Advent beteiligen sich mit Wortmeldungen die Mitglieder Beisel, Durchdewald, Dr. Bechstein-Walther, Bansemer, Neuwirth und Hollender. Stadtverordneter Fenske erhält Rederecht.

Zusammenfassend stellt Vorsitzender Stiller fest: Ein Vorschlag zur Entlastung der Kaiserstraße liegt vor, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwägt, den Antrag zurückzunehmen, da die Punkte in Bearbeitung oder bereits erledigt sind und eine Magistratsvorlage gemäß Arbeitsauftrag vom Vorjahr folgt. Er stellt Einvernehmen fest.

Mitglied Durchdewald beantragt, unter Punkt 1) die Worte „nicht mehr“ zu streichen:

- 1) das freie Parken an den Adventssamstagen in der Innenstadt ~~nicht mehr~~ **zu ermöglichen** und

Danach lässt Vorsitzender Stiller über den Änderungsvorschlag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen
Ja 6 Nein 2 Enthaltung 1

Sodann lässt Vorsitzender Stiller über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Hiermit beantragen wir,

- 1) das freie Parken an den Adventssamstagen in der Innenstadt **zu ermöglichen** und
- 2) kostenlose Busfahrten im gesamten Friedberger Stadtgebiet einschließlich aller Ortsteile an den Adventssamstagen erneut anzubieten.
- 3) Außerdem soll der Magistrat mit den Vertretern von „Friedberg hat’s“ und dem Einzelhandelsverband Gespräche führen, um einen Lieferservice zum Parkplatz an der Stadthalle, dem Parkplatz an der Philipp-Dieffenbach-Schule und zum Parkhaus anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich in Abänderung beschlossen
Ja 6 Nein 2 Enthaltung 1

5. Verschiedenes

**5.1. Verschiedenes;
hier: Parkgebühren/Straße "Am Holzpförtchen"**

Mitglied Bansemer fragt, warum in der Straße „Am Holzpförtchen“, nahe dem Europaplatz, hinter der Sparkasse, keine Parkgebühren erhoben werden. Er bittet um Überprüfung.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr folgen, schließt Vorsitzender Stiller die Sitzung mit Dank an die Anwesenden.

gez.: Stiller
(Vorsitzender)

gez.: Kammer
(Schriftführerin)